

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsgehaltene Korpusgröße 45 Bg. Restausgabe 60 Bg.

Abgabeort: Die Geschäftsstelle dieses Blattes, Teuchern Nr. 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Gedruckt und kommissioniert in Teuchern.

Erstausgabe: Täglich 7 mal und von 7 Uhr bis 12 Uhr, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Abonnementpreis: In der Geschäftsstelle 5,50 Bg. von anderer Stelle nach Postnummer 5,80 Bg. und durch den Briefträger 6,00 Bg. Einzelnummer 15 Bg.

Abgabeort: Die Geschäftsstelle dieses Blattes, Teuchern Nr. 10, und von anderen Stellen und ab den Postämtern angenommen.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 133

Dienstag, den 9. November 1920

59. Jahrgang

Das Brotgetreide.

Die Versorgung des deutschen Volkes mit Brotgetreide, und daraus folgend also mit Brot, ohne das wir uns das Leben nicht denken können, ist längst keine einfache Sache mehr, und das Publikum mußte wiederholt über recht trübselige Vagen durch Besprechungen ausgeführt werden. Die Lage der Dinge hat sich durch die milder guten, oder liegen mir ganz offen durch die ebenfalls schlechte Qualität des Brotes, die noch im Spätherbst dieses Jahres heftige Erklärungen von Väter-Regierungen gegen die Lebensmittelstelle des Reiches veranlassen. Auch heute haben wir trotz des hohen Preises von durchschnittlich 4,50 Mark für noch nicht 2000 Gramm Brot, das für einen Mann, vorzüglich nicht von Amtswegen, und der Beamten, wann wir nicht von jenem gelangen werden, ist noch nicht abzusehen. Immerhin ist das tägliche Brot, was anerkannt werden soll, besser geworden, doch dürfen wir nicht verkennen, daß uns eine neue Krise auf den Hals zu rufen droht. Wir können nur wünschen, daß die Wirtschaft in der Provinz vorliegt angegangen wird, wie bei den Kartoffeln, über deren hohe Preise jetzt noch viele Klagen laut werden.

Äußere und innere Gründe drohen diese neue Zuspitzung in der Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide herbeizuführen. Die heimische Produktion an Korn genügt für die vom Kriege her ausgehungerten Millionen Deutschen noch immer nicht, wir müssen daher erhebliche Mengen Korn aus dem Ausland kaufen. Amerika ist unser Hauptlieferant, für den dies Geschäft fast noch getrennt, gander ist, mit der Lieferung von Kriegsmaterial an die Entente. Wir bezogen die Sonne (20 Zentner) Brotgetreide aus dem Ausland mit 6000 Mark, also den Zentner mit 300 Mark. Ob wir diesen Aufwand bei dem gerade unserer Finanzen noch lange aushalten können, ist zum mindesten fraglich. In diesen äußeren Gründe kommen nun auch innere.

Das Reich zahlt für heimisches Brotgetreide pro Tonne 1500 Mark. Der Zentner Korn kostet also danach 75 Mark. Nun ist es aber bekannt, daß auch Brotgetreide, eben so wie die Kartoffeln, zum Teil sehr kostbar sind, wie die Futtermittel zum Teil sehr teuer sind.

Es ist vorzuziehen, daß für den Landwirt der Anreiz fortfällt, das Getreide dem Schleichhändler zu geben oder es dem Vieh zu füttern. Dabei würde aber nicht anders herauskommen, als wir bei den Kartoffeln erlebt haben. Der hohe Kornpreis würde auch das Brotverbot erhöhen, und das ist ein Experiment, das doch mehr bei den heimischen Getreidearten, wie zum Beispiel alle Lebensmittelpreise in die Höhe und mehr als 4,50 Mark wie heute darf auch ein Brot nicht kosten, wenn nicht der Warnung des Reiches mit Recht erhoben werden soll. Hunderttausende wissen in Deutschland heute schon nicht mehr aus und ein, bei noch härteren Hungerprobe müßte eine Menschenkatastrophe kommen.

Die Landwirtschaft hat gute Einnahmen gehabt, den Dank dafür muß sie durch guten Willen, die Strukturen möglichst zu erhöhen, beweisen. Eier, Gemüse, Fleisch, Kartoffeln, Geflügel, Korn bringen viel Geld, und große Kosten und Kosten hat heute jeder, auch mehr noch so viel verdient. Wie gebrauchte eine Beschäftigung darüber, wie die Lebensmittel den Menschen erhalten und für das Vieh Futtermittel zu erträglichen Preise geschaffen werden. Höchstpreise bilden einen Anreiz für den Geldfahnen, nur mit dem Beweis, daß es doch noch viele ausländische Menschen in Deutschland gibt, läßt sich ein Ausgleich schaffen. Was sollte sonst nicht werden, wenn das Wort verstanden möge, 1921 eine Diktante erleben?

Berlin ohne elektrischen Strom.

Wider Streit der Gemeindeführer.

Auf den Beschluß einer Funktionärerversammlung am Freitagabend traten am Sonnabend früh 3 Uhr sämtliche Elektrizitätsarbeiter der Stadt Berlin ohne Abstimmung in den Streit. Die sämtliche Werke streikten, ist auch die Fernstromversorgung aus Stolpa-Station unterbrochen, so daß am Sonnabend ganz Groß-Berlin ohne jeglichen Strom war.

Der Grund des Streiks.

Seit Beginn der Woche fanden mit den Arbeitern und Angestellten der Stadt Berlin Lohnverhandlungen

statt, die zu keiner Einigung führten. Es wurde dann das Einigungsamt angerufen, das sich unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Bürgermeisters Ritter in erster Linie aus Stadteordneten zusammensetzte, die anschlagngebende Mehrheit des Einigungsamtes bestand also gemäß der Zusammenfassung des Berliner Stadtparlaments aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Das Amt sollte nun am Sonnabend folgenden Schiedsspruch:

Der Stundenlohn, der in den häftlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird um 30 Prozent je Stunde erhöht. Der in den Kraftwerke Beschäftigten der Schweißarbeiten für die in diesen Werken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fällt fort. Alle anderen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten 20 Prozent Erhöhung bis zu 17 Jahren. Dieser neue Tarif gilt ab unheimlicher Zeit. Die Parteien haben bis zum Freitag, 12. November 1920, vormittags 10 Uhr, zu erklären, ob sie diesen Schiedsspruch annehmen.

Dieser Schiedsspruch befreit die Stadt mit einer Mehrausgabe von 44 Millionen Mark, die natürlich von der übrigen Bevölkerung der Stadt getragen werden muß, denn man beschlagnahmte die Straßbahnwerke sowie die Zentrale für Gas, Wasser und Elektrizität abermals zu erhöhen, um diese neue Ausgabe decken zu können. Der Schiedsspruch war den Arbeitern aber nicht weitgehend genug. Anstatt nun die tariflichen Leistungen einzuführen, traten die Elektrizitätsarbeiter ohne weiteres in den Streit, sie legten ihre eigenen Interessen über die der Allgemeinheit; dadurch, daß sie das ganze Wirtschaftsgebiet der Millionenstadt erdrosseln, wollen sie weitere Zugeständnisse auf Kosten der Allgemeinheit, in erster Linie also ihrer Klassen, gewinnen, die weitaus die Mehrheit der Groß-Berliner Bevölkerung ausmachen, erpreisen.

Die übrigen häftlichen Arbeiter und Angestellten wollen diesen Weg nicht einschlagen. Die Gas- und Wasserarbeiter, die Straßenbahner und Bureauangestellten wollen erst Sonnabend oder Sonntag die Arbeit einstellen, bevor der Schiedsspruch vornehmen. Dagegen erklärten sie sich für seine Annahme, nicht weil er genügend ist, sondern weil sie einsehen, daß die bis über die Dürren in Schulden stehende Gemeinde Berlin einfach nicht mehr zahlen kann. Auf jeden Fall wollen sie die in ihren Angelegenheiten so weitgehend gelinigt die den Funktionen auch, die Arbeiter von einem wilsen Streit, wie ihn die Elektrizitätsarbeiter bekommen haben, zum Nutzen der Allgemeinheit, also auch ihrem eigenen, abzuhalten.

Das Vorgehen der Berliner Elektrizitätsarbeiter ist auf das schärfste zu verurteilen, das stellen auch einschlägige Arbeiterkreise fest. Das sozialdemokratische Parteigebäude, der „Vorwärts“, schreibt darüber u. a.:

„Das darf auf der anderen Seite aber auch nicht dazu führen, daß eine Arbeitergruppe, die nach einem bekannten Wort die Hand an der Gurgel des Wirtschaftslebens hat, die Machtstellung in der Wirtschaft zu verfestigen und die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, dem Wirtschaftsleben abzugeben.“

Gerade die Arbeiter der lebensnotwendigen Betriebe haben in ihren Entscheidungen doppelte Pflichten: Sie müssen bei ihren Kämpfen auch berücksichtigen, welche Wirkung ihr Handeln für die Allgemeinheit, die Gesamtbevölkerung hat. Wenn die Elektrizitätsarbeiter sich dieser Pflichten bewußt sind, werden sie bei der Entscheidung kommen müssen, daß sie wie alle Arbeiter in lebensnotwendigen Betrieben auf den Verhandlungsweg ihre Forderungen durchzusetzen versuchen. Daß die Vertreter Groß-Berlins die zu äußerster Grenze entgegenkommen werden, sollte nicht ihre isolistische Weisheit. Wir brechen die heiligste Hoffnung aus, daß dieser Streit, der über die Vermittlung und ihre Kinder die schwersten Leiden zu bringen droht - da Gas, Elektrizität und sogar Wasser stillgelegt und der ganze Wirtschaftsverkehr einstillt - die Straßenbahnverkehr zum Erliegen gebracht werden kann. Es ist ein Verstoß gegen die Pflichten der Arbeiter, die zum Abschluß gebracht werden müßte.“

Auch Oberstellen ohne Elektrizität.

Ein ähnlicher Streit wie der Berliner hat auch die Kraftbeheizung des oberflächlichen Industriegebietes angeht. Die Arbeiter des Stralauerwerks Chorzow haben am Freitag die Arbeit niedergelegt, sodaß fast das ganze Wirtschaftsleben des Industriegebietes lahmgelegt ist, die Zentren erscheinen nicht, Straßen und Kleinbahnen verkehren nicht. Es scheint sich um einen wilden Streit zu handeln. Die Direktoren sind aus ihrem Amt vertrieben und an ihre Stelle ist ein Streikkommando getreten. Einigungsversuche von der Entente sind bisher erfolglos geblieben. Man erwartet das Eingreifen der Technischen Räte, sowie die Besetzung der Werke durch Ententeoffiziere.

Die Besetzung des Ruhrgebietes.

Der internationale Generalstreik gegen Frankreich.

Am Ruhrgebiet ereignen sich in diesen Tagen die Arbeiter Frankreichs, Belgiens und Deutschlands die Hand und sind sich darüber einig, daß es nunmehr die Aufgabe der internationalen Arbeiterkraft sei, die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Entente zu verhindern. Das hat besonders der Generalsekretär des Internationalen Generalstreikbundes in einem in einer Generalversammlung in Essen gesagt, und er hat dabei auf die bisherigen Erfolge des internationalen Generalstreikbundes hingewiesen.

Wie bekannt, sind es besonders zwei Aktionen, die bis jetzt von der internationalen Arbeiterkraft angenommen worden sind, um politische Zustände in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zunächst hat der Internationale Generalstreikbundes die Arbeiter aller Länder zum Boykott gegen Ungarn aufgerufen und späterhin haben sich die Arbeiter der in Betracht kommenden Länder zusammengesetzt, um Transporte von Waffen und Munition ins Ruhrgebiet zu verhindern. Wenn sie nun ihre Kräfte gegen die Besetzung des Ruhrgebietes einsetzen wollen, so wird man in Deutschland diesem Vorhaben gewiß mit dankbarem Interesse zusehen, insbesondere, da auch die französischen Arbeiter, vertreten durch den bekannten Proudhon, sich an die Seite der deutschen Arbeiter stellen und sich bereit erklären, den Plänen des französischen Imperialismus entgegenzutreten.

Es ist also nicht einzusehen, warum auf diese Aktion der Arbeiterkraft allzu großes Gewicht zu legen. Der Boykott gegen Ungarn mußte abgebrochen werden, weil er letzten Endes unwirksam blieb und die Zurückhaltung der Kriegstransporte nach Polen konnte den Zusammenbruch des russischen Heeres nicht verhindern. Auch viel weniger darf man darauf rechnen, daß es ihr gelungen wird, sich in etwaiger Weise auf das Ruhrgebiet wirksam einzumischen. Die französischen Truppen stehen am Rhein und unmittelbar an der Grenze des Ruhrgebietes in einer Zahl, die es sich um größere Truppenmassen kaum mehr handeln könnte, und Kriegsvorräte aller Art sind im besetzten Gebiet in genügender Menge aufgeschleppt.

Es ist also nicht einzusehen, warum auf diese Aktion der Arbeiterkraft allzu großes Gewicht zu legen. Die Arbeiter allerorts mittelbar eingreifen durch Auslösung des Generalstreiks, aber nach den früheren Erfolgen von französischen Generalstreikpartei kann man auch hierzu, soweit Frankreich in Frage kommt, nicht sehr viel Vertrauen haben. Immerhin ist die Kampfhandlung der Postau, Meiereien und Zimmern für uns ein erfreuliches Zeichen, daß es neben dem in Frankreich zur Zeit herrschenden Imperialismus doch auch noch andere Strömungen gibt, die vielmehr mit der Zeit und mit Hilfe der weniger hasserfüllten Stimmungen der anderen ehemals am Strage beteiligten Arbeiter in absehbarer Zeit auch in Frankreich der Herrschaft zum Siege verhelfen können.

Politische Rundschau.

Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen beschließen vom 14. bis 1. November dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und dem besetzten Gebiet einen Besuch abzustatten und den Einladungen der Städte Düsseldorf und Köln Folge zu leisten.

Die preussische Landesversammlung beendete am Sonnabend die zweite Beratung der Verfassung.

Der rheinische Provinziallandtag ist für den 5. Dezember einberufen worden. Er wird sich mit der Autonomiefrage beschäftigen.

Aus der früheren deutschen Kolonie Kamerun in Westafrika, die 30 Jahre deutsches Eigentum war, bis sie die Franzosen 1914 besetzten, kommen schlimme Nachrichten. Frankreich hat jetzt definitiv die Annexion des Kamerungebietes proklamiert und seine Verwirklichung eingeleitet, aber das heißt den Sparern durch aus nicht. Als es sich um die Kamerunhandels die deutsche Herrschaft zu beteiligen, wurden den Regern große Versprechungen gemacht, und diese ließen sich schwere Bestrafungen gegen die Weisungen zu schulden kommen. Jetzt sollen sie nun wieder variieren. Das gefällt ihnen nicht, und es haben blutige Strawalle stattgefunden. Auch in andere Gebieten Afrikas, und nicht bloß in den früheren deutschen Besitzungen, sieht es ähnlich.

Deutschlands Zulassung zum Völkerbund. Von neutraler Seite wird in Genf der Antrag gestellt werden, Deutschland und Dänemark zum Völkerbund zuzulassen. Der bulgarische Ministerpräsident Stamboulski wird auf seiner Heimreise von Paris nach Sofia in Genf Aufenthalt nehmen, um auch seinerseits für Bulgariens den Antrag auf Zulassung zum Völkerbund zu stellen.

Am die Wirtschaft. Von verschiedenen Seiten war in den letzten Tagen gemeldet worden, daß Frank-

reich auf einen Teil der Viehlieferungen verzichtet habe, die Deutsch- und auf Grund des Friedensvertrages auszuführen hat. Der Antisemit, der Seite nach hierauf gemeldet, daß diese Nachfrist nicht der Wahrheit entspricht und daß Deutsch und seine Herabsetzung der Viehlieferungen befristet worden ist. — „Corriere della Sera“ berichtet, daß die italienische Regierung mit den Forderungen Frankreichs an Deutschland, betreffend die Ablieferung von 800 000 Metzen Weizen nicht einverstanden sei. Der Antisemit meint, daß Frankreich eine schließliche Schmäherung der deutschen Volkstrait beabsichtigt. Italien dürfe sich schon aus politischen Rücksichten das französische Begehren nicht aufheben.

Der Kaiserliche Ernährungs- und Landwirtschaftsminister. Die für Anfang November in Aussicht genommene ernannte Beratung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft mit den Ernährungsministern der Länder, für welche Weimar als Tagungsort angelegt war, muß mit Rücksicht auf die Behandlung des Staats des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, die in nächster Zeit im Reichstage bevorsteht, um einige Wochen verschoben werden. Die Beratung soll dann eine grundsätzliche Aussprache über die Ein- und Ausfuhr, sowie die Förderung der Getreideverwertung, insbesondere die von Kaiser und Hofrat über die Schmaloberschlagung sowie über die Wirkung der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Fleisch, die Vieh- und Fleischpreise und den Stand der Fleischversorgung umfassen.

Der Kaiserliche Vertrag vor dem Abbruch? Wie der „Zentralzeitung“ aus Paris gemeldet wird, bestreite sich die Vorkonferenz am Sonnabend auf neue mit der Frage des Abkommens zwischen Belgien und Polen. Sie hofft, daß durch die Verhandlungen der letzten Tage nunmehr eine Lage geschaffen worden ist, die gestattet, einen Termin für die Unterzeichnung in Aussicht zu nehmen. Die polnische Delegation hat über die vorläufig unverbündlichen Abänderungen nach Warschau berichtet. In einer Warschauer Meldung heißt es, gerüchelt habe, daß der Kaiserliche Vertrag die Absicht habe, die Haltung hinsichtlich der weiteren Unterzeichnung des Vertrages zu ändern. Da die polnische Regierung die erste Einladung der Vorkonferenz zur Unterzeichnung des Vertrages abgelehnt hat, kann diese Meldung nur dahin ausgelegt werden, daß Polen jetzt zur Unterzeichnung bereit steht. — Zum Oberkommissar für Belgien soll der Vorkonferenz Herr von dem Buisson, Minister des Auswärtigen, Graf Goblet an, ernannt werden.

Der Präsident der tschechischen Republik, Masaryk, reiste Ende voriger Woche nach Brüssel. Die Fahrt gilt der Aufhebung einer politischen Verhinderung zwischen Belgien und Tschechien. Die Reise ist die erste des Präsidenten ins deutsche Gebiet.

Der frühere amerikanische demokratische Staatssekretär Bryan hat eine Erklärung abgegeben, worin er erklärt, Wilson möchte unterzeichnen, wenn er nicht, dann nicht.

Nach einer neuerlichen Mitteilung wird der neue Kongreß unmittelbar nach seinem Zusammentritt eine Erklärung über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland abgeben. Vom Kaiserlichen Vertrag ist in Amerika keine Rede mehr.

England: Ende des Bergarbeiterstreiks. Die letzten Berichte aus allen Kohlengebieten bestätigen, daß der Aufhebung des Bergarbeiterverbandes an die freitenden Bergarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, Folge gegeben wird. Sogar in Lancashire und Schottland, wo es noch Streitigkeiten gegen die Annahme des Abkommens zutage gekommen war, wird überall gearbeitet.

Rußland: Wrangel gelassen? Nach den Meldungen des bolschewistischen Oberkommandos soll die Armee General Wrangel gelassen werden und unternimmt keine weitere Schritte. Die Armee, läßt sich nicht feststellen, doch hat sie viel Wahrscheinlichkeit für sich, die Bolschewisten nach der Beendigung des politischen Krieges den an Zahl geringen Truppen Wrangels sich ihren ganzen Streitkräften entgegenstellen könnten, deren Wangel wenn ihn nicht von anderer Seite Hilfe kommt, unterliegen muß. Doch ist dies die Zukunft des Diktators noch lange kein Grund zum Frohlocken. Denn gänzlich ist es ihnen noch nicht gelungen, die Gegenrevolution gänzlich zu schlagen. Die Wiederherstellung der Ordnung ist ihr Haupt, bis sie doch einmal zum Siege kommen.

Dem auch im Innern Sonderzustand läßt es an. Die für die Bolschewisten angelegten, die Russen über die unzufriedenheit in Moskau und Petersburg haben nicht auf. Nur noch durch den fürstlichen Terror vermag sich die Sowjetmacht gegen die von Hunger und Krieg zum Neuen gerichteten Bevölkerung zu halten. Wie lange noch?

Dämon des Lebens.

Kameralzeitung vom 2. Okt. 1920.

Fortsetzung. Weibchen verleben.

Wenn an ihr noch frisch ein Mäuschen nach stand ein schüchternes junges Mädchen; neben ihr ein rüchiger weiblicher Neulandler. Das Mädchen wendete dem Später den Rücken zu; er sah nur die feinen Linien des Kopfes, den Kranz glänzender brauner Haare die gleiche Gestalt. Vor dem Hund stand eine gewisse Schüchtheit; er schaute über seinen Appetit zu haben. Die weitere er schon die Nähe eines Fremden? Mit einem leisen, dumpfen Knurren hob er plötzlich den schmalen, Augen Kopf in der Richtung nach dem Lorde.

„Der Hund!“ dachte Hesselbach, unwillkürlich ein wenig zurückweichend, „da — da ist er ja! Das sind die beiden hellgelben Haare, die an Wilhelm Kamins Wanderschaften hing.“

Ohne weiter zu überlegen, streckte er die Hand aus, und im nächsten Augenblick durchgitterte das gelende Klingeln wieder die Luft.

Der Hund war mit zwei Sprüngen bei dem Lorde. Sein dumpfes Hebel lang drohend.

„Blut!“ rief die Mädchenstimme, „Blut, herin! Und ruhig!“

Der Hund gebürdete knurrend; Hesselbach hörte, wie das Tier sich etwas zurückzog. Im selben Moment, während von drinnen schon leichte Schritte gegen die Türe zu kamen, legte sich eine Hand auf Hesselbachs Arm.

Sich ruck wendend, sah er Kamins totenblaues Gesicht. „Herr Doktor“, sagte der junge Bräutigam, „ich bin wieder Sie, haben Sie nicht mit dem Mädchen? Sie zum mindesten ist unzufrieden und — sie ist meine Braut!“

„Jure Brant?“

Dr. Hesselbach erhielt keine Antwort mehr auf seine höchst erlauchte Frage. Drinnen wurde der Riegel zurückgedreht, schon bewegte sich der schwere Türhölzer ein wenig.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. November.

36 kleine Anfragen liegen der heutigen Sitzung des Reichstages vor, von denen in der geschäftsordnungs-mäßigen Zeit natürlich noch lange nicht alle erledigt werden können. Dann wird in der „großen politischen Aussprache“ fortgegangen, deren Ende aber für heute ganz bestimmt erwartet wird. Den Beginn der Rede eröffnet heute Dietmar (Rechtsl., S.), der einem recht radikalen Ton anspricht. Gerade jetzt, nach ihrem Abbrüden von Moskau, befürchten sich die Rechtsunabhängigen einer besonders scharfen Tonart. Er richtet seine Angriffe heute besonders seine Angriffe gegen die Helfers- und Helfers, die allein Schulbligen an dem heutigen Abend.

Reichsfinanzkommissar Dr. Peters berichtet über den Fortgang der Entwurfsarbeiten, die Entwerfung der Organisation. Hierbei müsse man auf die besonderen Verhältnisse, die z. B. in Bayern und Preußen vorliegen, Rücksicht nehmen. Er werde das Gesetz objektiv, ohne Rücksicht nach rechts oder links durchführen.

Herr Dr. Denburg (Dem.) spricht über die Revision des Friedensvertrages, die wichtigste Frage, die jetzt zu lösen sei. Der Vertrag ist undurchführbar, und wir müssen seine Revision fordern.

Herr Dr. Ebel (Komm.) richtet mündliche Angriffe gegen die bürgerlich-kapitalistische Regierung und ihre „Helfersheer“, die Sozialdemokraten und Rechtsunabhängigen.

Euben-Malmédy. — Die belgischen Rheinländer.

Der Reichstag, der heute schon um 10 Uhr vormittags zusammentritt, behandelt zunächst zwei Interpellationen über die Leiden des belgischen Rheinlandes. Eine von sämtlichen Fraktionen unterstützte Adresse über den Raub von Euben-Malmédy und eine demokratische Adresse über die Verhältnisse in den Rheinländern, die Kosten der Besatzung und die Behandlung der Bevölkerung.

Herr Dr. Ebel (Komm.) begründet die Interpellation. Er will an Hand der vertraglichen Bestimmungen nach, daß die Abweisung der Gebiete von Euben und Malmédy an Belgien diesen Bestimmungen absolut widerspreche. Es handelt sich hier um ein Glied der Reihe eines Systems, das Deutschland für immer demütigen und zum Vorkriegszustand zurückzuführen soll.

Er kritisiert die Verhältnisse in den Rheinländern, die Kosten der Besatzung und die Behandlung der Bevölkerung. Er vertritt die Ansicht, daß die Abweisung der Gebiete von Euben und Malmédy an Belgien diesen Bestimmungen absolut widerspreche. Es handelt sich hier um ein Glied der Reihe eines Systems, das Deutschland für immer demütigen und zum Vorkriegszustand zurückzuführen soll. Er kritisiert die Verhältnisse in den Rheinländern, die Kosten der Besatzung und die Behandlung der Bevölkerung. Er vertritt die Ansicht, daß die Abweisung der Gebiete von Euben und Malmédy an Belgien diesen Bestimmungen absolut widerspreche. Es handelt sich hier um ein Glied der Reihe eines Systems, das Deutschland für immer demütigen und zum Vorkriegszustand zurückzuführen soll.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Auf unsere zahlreichen Beschwerden haben wir niemals eine umfassende Antwort bekommen. Wir wissen nicht, ob unser Material überhaupt geprüft worden ist. Die Entscheidung über Euben-Malmédy kann nur durch die Botschaftervermittlung getroffen werden, um die Rechte zu wahren. Doch heute besteht die Gefahr, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages zusammengebrochen sind. Die deutsche Regierung kann daher die Entscheidung über Euben-Malmédy durch den Botschaftervertrag nicht als richtig anerkennen. Namens der deutschen Regierung lege ich ferner Verwahrung ein gegen die geschickliche Weise, in der die belgische Regierung von einem Friedensvertrage der Art Euben-Malmédy spricht. Euben hat lange zu Preußen gehört, es überhaupt der belgische Staat bestritten hat. Die beiden westlichen Grenzstriche sind der wärmsten Anteilnahme des deutschen Volkes und der Regierung stets sicher. Die Reichsregierung wird keine Gelegenheit verpassen, die Welt darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es für die deutsche Nation ist, daß die Regierung hofft, daß der Botschaftervertrag eine eingehende Prüfung des vorliegenden Materials vornimmt, und von der Grundlage der Berechtigung, ohne die es einen Botschaftervertrag nicht geben kann, bei seinen Entscheidungen nicht abweicht. Die Rechte

rung hat aber auch die Hoffnung, daß in irgend einer Zeit einmal wieder Beziehungen mit Belgien aufgenommen werden, die es der belgischen Regierung und der belgischen Bevölkerung nahelegen, nicht länger über das alte Recht der deutschen Bevölkerung in Euben und Malmédy hinwegzugehen.

Herr Dr. Kroll (Dem.) ein Rheinländer, schildert in lebhaften Worten die Leiden der Rheinländer und spricht ein festes, ehliches Bekenntnis der Rheinländer zum Deutschland aus.

Vertagung bis 18. November.

In Rücksicht auf die starke Belastung des Hauptauschusses, der sich mit der gründlichen Vorberatung des Haushaltsvoranschlages und dazu einschlägiger wichtiger Fragen befähigt, und damit im Hinblick auf einige sich der Verteilung dahin, bis zum 18. November keine Beratungen mehr abzuhalten und am 18. November mit der zweiten Lesung des Haushaltsvoranschlages im Plenum zu beginnen. Während der Pause soll der Haushaltsauschuss, eventuell auch andere Ausschüsse, die ihm übertragenen Arbeiten erledigen.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 5. November.

Die Landesversammlung setzte heute die Beratung über die Selbstverwaltung der Provinzen fort.

Herr Dr. Schölich (Soz.) fordert, daß der Bevölkerung der Provinzen nichts aufgegeben werde, bevor man sie befragt habe. Dem Einzelstaats wird nicht genügend Rücksicht genommen.

Herr Dr. Leibig (D. V.) wendet sich unter dem Befehl der Rechten gegen die Aufteilung Preußens und den Herr Dr. Schölich (Soz.), der diese Aufteilung befürwortet. Er wendet sich auch gegen die zweisprachige Amtssprache in gemischtsprachigen Gebieten.

Herr Dr. Leibig (D. V.) wendet sich unter dem Befehl der Rechten gegen die Aufteilung Preußens und den Herr Dr. Schölich (Soz.), der diese Aufteilung befürwortet. Er wendet sich auch gegen die zweisprachige Amtssprache in gemischtsprachigen Gebieten.

Nach Ausführungen des Herr Dr. Schölich (Soz.) begründet Herr Dr. Leibig (Rechtsl., S.) einen Antrag seiner Fraktion für die Schaffung nationaler Kinderzettel in den Provinzialparlamenten.

Das erste deutsche Schiff unter deutscher Flagge aus Bremen in Amerika eingetroffen.

Die „Klein Westf. J.“ verließ aus Rotterdam: In New York ist das Bremer Schiff „Euphie Widmer“ eingetroffen. Es ist das erste deutsche Schiff unter deutscher Flagge, das seit dem Kriege in Amerika ankerd. Es war mit Passagieren und wird auf die Küste des Westens mitnehmen.

Keine Frier des 9. November.

Ein Berliner Telegramm meldet: Auf Anfrage hat das Kabinett bekräftigt, daß am 9. November in den Reichsberichten und Verträgen nicht gefeiert werde.

Streikinterzessionsbeschlüsse gegen Erzberger eingeleitet.

Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, ist gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger bei der Sozialdemokratie nunmehr ein Entlassungsantrag gestellt worden wegen des trügerischen Beschlusses der Streikinterzession.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 8. Nov. 1920.

— **Wannregeln für November.** Der November erwartet der Landmann trüb, regnerisch und kalt; in Abgang kriegt er jedoch an die Witterung dieses Monats keine besondere empfindliche Vorzeichen. Ende und Mitte gehen im Norden der Reihe als Werte den eines kalten Winters, wie Wärme und Trockenheit. Denn es mal bis in der Vergangenheit: Wann's ein Malerfrühling scheint, see deinen Platz herein, und am anderen sagt die Regel: „Föhn im Norden die Wärme nur — denn nicht der Winter bis in den Winter.“ Nun werden sich aber die wenigsten Einzelheiten einstellen können, im November also oft hinterer Forme gehen zu kochen, und insofern ist diese

worden war! und wenn nicht gefast, sie ist, verzeiht? Die weitere Untersuchung wolle er sich selbst vorbehalten? Und hier trauete diese selbe Frau auf unter dem Namen „Wißbald“? Diese Frau, die weicher der alte Ramon schon in der Stadt erwiesenermaßen verkehrt hatte?

„Ich möchte, daß auch Herr Hauptmann Wissbald bei der Unterredung anwesend wäre“, sagte Hesselbach, „um meine ich Sie erfragen muß. Gott, mein Fräulein, er wandte sich an Edith, die ihn mit angestrichelten Augen anblickte, „weshalb erfragen Sie so? Siehe ich aus wie ein Mensch, der große Böses tut? Gewiß nicht, und da sich in der vergangenen Nacht hier etwas sehr Trauriges ereignet.“

„Was?“ sagte Allan sofort, wie fampferber. Sie hatte überlegt, was sie tun sollte. Sie wußte, sie es zu wissen. „Nun, Herr Doktor, der Ramon, der Onkel meines Zelman Herbert von Ramon, ist in der letzten Nacht um zehn halb elf Uhr auf dem Feldwege, welcher an diesem Hause vorbeiführt, infolge eines Herzschlages zusammengeknickt und in den Tümpel gefallen“, sagte Hesselbach trocken.

Nun schlecht unterdrückter Schrei antwortete ihm. In dem dunklen Korridor, welcher sie eben passierten, lehnte Edith sich plötzlich gegen die Wand, als überlebe sie eine Schwärze.

Herbert war schon neben ihr und umfing sie. „Edith, Edith, Sie sind ja so schön“, sagte sie sehr leise, „mir haben Sie den Namen gegeben.“

„Seit wann?“ fragte Hesselbach ein.

„Seit gestern“, sagte sie dann entschlossen. „Und Sie werden ihn wahrscheinlich gar nicht hören müssen, Herr Doktor,“ sagte sie blitzend, „denn alles, was Sie vielleicht zu wissen wissen, kann auch ich wissen.“

Dauererfolg unseres Trachtens mehr zum Grußmachen als zu praktischer Verwendbarkeit gepaßt. Dagegen sind andere Novemberegeln von Bedeutung, so z. B.: „Am November viel Raß — im Frühjahr viel Gras“, oder „Sant Andreas hell und klar — kienkt er uns ein gutes Jahr“. Auch die Regel „Martinsdag trüb — macht den Winter lind und lieb“ pflegt sich meistens zu bewähren.

Hauskauf bringt kein Recht auf Wohnung. Ein Erlaß des Ministers für Volkswirtschaft macht darauf aufmerksam, daß den Käufern in solchen Orten, in denen Verordnungen zum Schutze des Meeres erlassen sind, der Anspruch auf Wohnungen nicht aufsteht. Bewegungen von Hauseigentümern bei Zusammenzügen von Wohnungen in ihren eigenen Wirtschaften sollen nicht stattfinden. Eine solche Bewegung würde bewirken, daß derlei Leute sich ein Haus kaufen, um eine frei werdende Wohnung ungehindert länger zu können, während weniger kapitalstärkige Kreise längere Zeit auf Wohnung warten müssen. Wer also glaubt, durch den Erwerb eines Hauses früher zu einer Wohnung zu kommen, wird sich in dieser Annahme getäuscht sehen.

Kriegsgräber. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, v. H., Charlottenburg 5, Rönigsweg 307 hat in den letzten Monaten an mehreren französischen, belgischen und polnischen Orten deutsch. Kriegsgräber besichtigt und an Oberbefehlshaber mit entsprechenden Wünschen für den aussergewöhnlichen Zustand der Gräber um und ihnen behilflichen Maßnahmen, auf denen die Gräberstätten oder die Inschriften verfallend waren, zu bescheiden. Auch mit Italien, Serbien, Rumänien, Siebenbürgen, Litauen und der Volksbund in Verbindung und ist bereits in vielen Fällen in der Lage, auf Grund örtlicher Feststellungen sichere Anhaltspunkte zu geben. Jeder, der mit dem Heren der für das Vaterland Gefallenen befaßt ist, oder in Unkenntnis ist über den augenblicklichen Zustand eines Grabs, oder seine Pflege und Schmückung nicht stellen möchte, sollte sich dem Bund anschließen. Der Volksbund ist über das ganze Land verbreitet und die einzige für die Kriegsgräberfürsorge bestehende anerkannte private Organisation. Die Ortsgruppen des Volksbundes sind frei, Spenden entgegenzunehmen und wird die obigen Berichte von Zeit zu Zeit bekannt geben. Sie sind zu richten an: S. v. H., Dr. Hagemann, Hohenzollern-, Knappschütz-, Kantenhaus.

Der vorangegangene Artikel, der in früheren Jahren hier erschienen hat, soll nunmehr wieder zu neuem Leben erweckt werden. Damen und Herren, die Sinn für Rittersinn haben, werden gebeten, dem Chore beizutreten. — Die erste Übungsstunde findet Donnerstags den 11. h. Mts. abends 8 Uhr im Vereinszimmer des Ratscafés statt. — Redungen vom Beitritt werden durch Kantor Stangberger und Ratskellnerin Winkler entgegengenommen.

Billigere Jährlöhner. Die Preise für Jährlöhner sind nach einer Mitteilung der R. P. N. neu festgesetzt worden und stellen sich beim Verbraucher für das Paket zu 10 Schachteln auf 2,50 Mk. statt bisher 3,50 Mk. Die Höchstpreise für Weizenbrot, Roggenbrot und Weizenbrot betragen 2 Mk. für das Paket zu zehn Schachteln oder vierundzwanzig Brote. Die Betreiber der Industrie, des Groß- und Kleinhandels und der Verbraucher haben dieser Regelung zugestimmt.

Schiffspiel des Stadtkapitän Zeig. Der Kapitän Hermann, im Norddeutschen Hof. Zur Aufführung gelangt am Mittwoch die Operette „Mara Santoro“. Direktor Hermann ist es gelungen, einen Auto-Dramatis zu verschaffen, so daß die Gesellschaft, unabhängig von der Bahn, abends um 8 Uhr beginnt, was wohl von der Gesellschaft wohl besonders freudig begrüßt wird. Die Operette „Mara Santoro“, hatte auch in Zeig einen durchschlagenden Erfolg und wurde am Sonntag vor ausverkauftem Hause wiederholt. Der Vorverkauf im Theaterlokal ist eröffnet.

Grüden. Am Freitag abend gegen 7 Uhr benutzten, von einem Spaziergang heimkehrend, Herr Lehrer Gröde und ein Kollege den von Volkswirtschaftler an den Schienen hindurchgehenden Fußsteig. Infolge eines unglücklichen Zufalles stürzte Herr Gröde an der Gröden überführung auf den Fahrgewinn und trug durch heftiges Aufschlagen den Kopf schwere innere Schädelerkrankungen davon. An seinem Aufkommen wird gewagt.

Weiskensels, 4. Nov. (Stadtorbunden-Versammlung.) Um der Wohnungsnot abzuhelfen, wird in Kürze eine besondere Wohnungskommission die Tätigkeiten entwerfen. Unsere Stadt hat zurzeit rund 37000 Einwohner. Es sind aber tausend Familien wohnungslos. Für die Anzeigung der Wohnungsbauverhältnisse kann es nicht gehen, woher die Wohnungsbauverhältnisse sind, für die Wirtschaftsverwaltung im Volkshaus wird in 75000 Mk. für den Ankauf des früheren Grundstücks der früheren Rindchen Tomatenfabrikation 18000 Mk. bewilligt. Der Ankauf einer 1 Million Mark Fische zur Abklärung der Wohnungsnot wurde zugestimmt. Die Wichtigkeit der Stadtorbunden war gegen die Untersuchung der Wasserversorgung. — Zur Beschaffung von Kartoffeln wurden 225 000 Mk. bewilligt. — Da auch innerhalb der U. S. B. D. - Division eine Spaltung (11 links und 8 rechts) katastrophal war, so gibt Stadtorbunden-Vorsteher Langhaus das Mandat in die Hände seiner Würde zurück.

Halle, 6. Nov. Die Stadt Halle hat den früheren Flugplatz in Größe von etwa 225 Morgen in diesem Jahre als Ackerland in eigene Verwaltung genommen, obwohl die dem Stadtverordnetenkollegium angeführten Gründe ernstlich wachen und voraussetzen, man werde, obwohl der Boden angetrocknet sei, kaum 50 Zentner Kartoffeln auf den Morgen ernten und finanziell viel schlechter abzurufen, als wenn man das Land verpachtet. Die C. N. ist jetzt abgeklüßelt. Die Stadt hat 21000 Zentner Kartoffeln gewonnen, 1050 Zentner Faler und über 1000 Zentner Weizen. Es ergibt sich ein Ueberschuß von nicht weniger als 150000 Mk. Die Kartoffeln sind zum Preise von etwa 25 Mk. verkauft worden. Es wurden in Durchschnitt auf den Morgen 100 Zentner Kartoffeln geerntet. Der schlechteste Acker brachte 85, der beste 115 Zentner.

Braunshweig, 5. Nov. Unter dem Verdacht, am 25. Oktober im Ahwold die Angestellten der Gewerkschaft Affenrodert und dabei 142000 Mark Holzgebeir getraubt zu haben, sind der Bergmann Nikolaus Prohnenal aus Galtzien

und der Arbeiter Franz Blacaj aus Polen verhaftet worden. Die beiden Verhafteten haben sich schon seit längerer Zeit in der hiesigen Gegend herumgetrieben und ähnliche Diebstähle ausgeführt.

Vermischtes.

„Kopfschende für die deutschen Kinder.“ Der Papst übergab dem Äbner Erzbischof Dr. Schulte bei dessen Abreise ein halbe Million Lire (fast 1 1/2 Million Mark) für bedürftige Kinder in Deutschland.

„Schwere Entartung eines Geisteskranken.“ In Annetendorf im Riesengebirge verfuhr der Besitzer des Hotels Villa Alpine, Dürrenberg, seine Familienangehörigen durch Beispielen zu töten und zündete dann das Hotel an. Der 16-jährige Sohn war sofort tot, die Frau, die Schwiegermutter und seine 16-köpfige Tochter wurden schwer verletzt und liegen hoffnungslos darnieder. Dürrenberg selbst stürzte sich darauf vom Balkon des brennenden Hauses herab und starb wenige Stunden später. Er sollte den veräußerten Besitz an diesem Tage räumen, und man nimmt an, daß er die Tat in Selbstgerechtigkeit verübte hat.

„Veranbung des Sarges der heiligen Elisabeth.“ Freitag nach wurde der Sarg der heiligen Elisabeth in der Elisabethkirche in Würzburg erbrochen und herausgehoben. Hierbei haben die Diebe 193 Goldstücke und 12 Perlen im Wert von zwei Millionen Mark erbeutet. Außerdem wurden wertvolle alte Filigranarbeiten gefunden. Der historische Wert der Gegenstände ist sehr hoch.

„Amerikanische Vorkühnheit.“ Von der amerikanischen Präsidentenwahl wird aus Orlando im Staate Florida folgender Bericht, der auf die Kulturverhältnisse, die noch heute in den Südstaaten der Union herrschen, ein gewisses Licht wirft. Ein Neger, der zur Wahl nicht zugelassen wurde, weil er seine Steuern nicht bezahlt hatte, verlangte einen Aufschub. Dabei wurden zwei Weisse getötet und andere verwundet. Die Menge hing den Neger schließlich auf und verbrannte fünf andere Neger, die an dem Zusammenstoß teilgenommen hatten, ebenso die Häuser, in die sie sich geflüchtet hatten.

„Große Eisenbahndiebstähle in Hannover.“ Der Überwachungsstelle der Eisenbahndirektion Hannover gelang es zusammen mit der Kriminalpolizei, eine größere Diebstahlsbande zu ermitteln, die wertvolle Eisenbahngüter in beträchtlicher Menge durch falsche Reisezettel und gefälschte Frachtkonten zu untergeschlagen vermochten, die sie dann von den Überwachungsstellen entern und veräußerten. Bilanz wurden für über 300 000 Mk. Waren nicht aufgefunden. Die Größe der Diebstahle der gesamten gestohlenen Waren konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Vier Güterbahnarbeiter und 17 Privatpersonen der verdächtigsten Klasse wurden wegen Diebstahls und Hehlens in das Gerichtsverfahren eingeleitet.

„Anbahnung der Heidebrände in Hannover.“ Die großen Heidebrände in der Lüneburger Heide nehmen an Umfang noch zu. Heute Vormittag sind wieder von Bränden berichtet, die einen Umfang von 2100 Morgen haben. Es sind große Rauchschichten berichtet worden.

„Grauenhaft: Verlesungen.“ Arbeiter landeten in Berlin aus dem Bundeskanal ein großes Paket, das Teile einer Frauenleiche enthielt, und zwar ein Stück des Rückens, die rechte Gehörkammer und ein Stück des rechten Oberarmes, sowie des Unterleibes. Es handelt sich um einen Mann von 20 bis 30 Jahren. Man hält es für ausgeschlossen, daß dieser Leichnam im Zusammenhang mit einem solchen in Genußland liegt, dem ein verwestertes Kopf, ein Beckenrest ohne Fleisch, zwei Oberarmknochen, die von Fleischresten entblößt waren, der Magen, die Leber und einige Fleischstücke gefunden worden waren und wobei nicht mit Bestimmtheit feststellen werden konnte, ob es sich um eine männliche oder weibliche Leiche handelt.

„Erhöhung der Eisenbahnzölle.“ Der Donnerstag zusammengetretene Sächsischer Reichstag hat den Reichsverkehrsminister beauftragt sich in seiner Sitzung eingehend mit der gesamten Wirtschaftslage der Reichslande einzusetzen. Wenn ein Verbot der Einfuhr von Eisenbahnzöllen, das neben anderer Wirtschaftlicher der Ausgaben danach getrebt werden müsse, die Einnahmen zu steigern. Die Zölle im Personenverkehr im Güterverkehr seien der allgemeinen Preissteigerung nicht gefolgt und trügen der in den letzten Jahren eingetretenen Geldentwertung keine Rechnung. Deshalb müsse trotz der damit verbundenen Belastung für das Reichsland ein entsprechendes Gesetz erlassen, das eine normale Tarifserhöhung angebräut sei.

Für die weitere Erörterung der zahlreichen Fragen, die der Beirat beraten wird, sind drei Ausschüsse gebildet worden, die mit je neun Mitgliedern des Beirates besetzt sind. Ein Zerkussionsausschuß, ein Wirtschaftsausschuß, ein Wirtschaftsausschuß. Die Ausschüsse begannen ihre Tätigkeit teils bereits am Montag.

„Verkehrserleichterung mit Ostpreußen.“ Vom Reichsverkehrsminister ist den Vertretern Ostpreußens eine Beschleunigung des Verkehrs nach und von Ostpreußen zugefagt worden. Ueber die Einlegung eines direkten Schnellzuges durch den polnischen Korridor sind dieser Tage noch Verhandlungen in Weiblichkeits. Dieser Zugsverkehr in Ostpreußen ist ein Schnellzugverbindungsnetz auch der Verkehrs über den Seeweg nach Ostpreußen verbessert.

„Der Markttag (11. November) mit seinen Märkten, auf welchen besonders das ländliche Gefolge in der Stadt einfließt, an dessen Tagen fehlt es ja in hiesiger Stadt nicht, und sich erwarten, wird in diesem Jahre viel Besuch für die Geschäftswelt bringen. Jungende Arbeiter sind auf dem Lande, somit nicht ohne ein Netz von Kartoffeln und Wäßen im Rückstande ist, sehr nicht vorhanden und da wird alles abgemacht, was in Verbindung mit den Spindelmaschinen und Kapfmaschinen, sowie an Kleinfabrikationen zu erledigen ist, abgemacht. Auch die Ausstellung wird noch besichtigt, denn in dem Verkehr mit den Deutschen ist viel, die erste mal, wie in den Städten, Unternehmungen sind eher frei zu machen.“

Die letzte Woche.

Die große politische Auseinandersetzung in Deutschland ist nach halbwochiger Pause in den Spannungen beendigt worden. Der Ernst der inneren und äußeren Verhältnisse ist erkannt worden, und wenn sich auch die Meinungsvorgeschichten nicht vermindert haben, so ist doch ein genügender Frieden zu erwarten, um die vorbandenen Schwierigkeiten soweit zu beseitigen, als dies überhaupt möglich ist. Die wirtschaftliche Lage kann im Verlauf des Winters kaum wesentlich durch einen beginnenden Abwas der Preise verringert werden, es muß aber alles gegeben, um ihn für das Frühjahr 1920 vorzubereiten.

Die deutsche Republik wird am 8. November zwei Jahre alt. Es ist im letzten Jahre beßer gelungen, als im ersten, wenn es auch an sehr engeren Tagen (Kapp-Zug, Generalstreik, Unruhen in Rheinland-Besatzungen und im mitteldeutschen Kohlenrevier) nicht gelang hat. Ueber ihn der niedrige Stand unserer Wästen zeigt, wie viel wir noch tun müssen, um die Kreditfähigkeit wieder zu gewinnen. Wenn dazu noch die Einigkeit des Volkes erforderlich ist, so erst recht die der Regierung. Unwissenheit, wie die der Meinungsvorgeschichten über die Einmordverbrechen unterleiben besser, da die Entente daraus sofort Kapital schlägt. Die Erhebung des oberdeutschen Grundbesitzes zum selbständigen Staate soll beschleunigt werden, es ist nur zu wünschen, daß der Kampf für diese außerordentliche Bewegung nicht ausbleibt.

England und Frankreich haben sich über die Bemessung der Höhe der deutschen Kriegsschuldung und über die Rechte, die Deutschland bei seiner Teilnahme an der Konferenz in Genf haben soll, noch immer nicht einigen können. Auch Italien, das ein großes Verlangen in seinen Staatsanfragen hat, bringt seine Erhebung. Die Franzosen, die am 11. November, dem Tage des Abzuges des Waffenstillstandes 1918, das 50-jährige Bestehen ihrer Republik feiern wollen, verhalten sich bisher ablehnend. Sie sind noch extra erobert, daß England die in der britischen Bank liegenden deutschen Kapitalien von der Beschlagnahme des Vermögens befreit. Da es sich aber hierbei wesentlich um die Vermögensgegenstände der Bank handelt, wird Lloyd George dabei bestehen. Die Zahl der abzuliefernden über 800 000 deutschen Markstücke soll auf die Hälfte herabgesetzt werden. Frankreich brauchte überhaupt keine Hilfe von uns, sein Abgang darin ist längst gedeckt. Ueber die Angelegenheit der Diesel-Platzen wird eine volle Entscheidung erwartet. Die englischen Kohlengruben sind voraussichtlich in der kommenden Woche die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat nunmehr die Präsidentenwahl stattgefunden. Nach der für Amerika glücklichen Beendigung des Weltkrieges dachte der bereits zweimal zum Staatspräsidenten gewählte Wilson bekanntlich ernstlich daran, zum dritten Male als Kandidat aufzutreten, was aber seine bisherigen Präsidenten vorgenommen war; bei seiner Krankheit machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Am 17. November wurde durch die Wahl des Amerikaners als Präsident Woodrow Wilson zum Präsidenten ernannt, der sein Amt erst in einem Vierteljahr antritt, wird also wieder in die früheren Geleise der amerikanischen Politik einleiten.

In Wien ist ein Antrag zur Sitzung der Geiselschiedsamt eingeleitet worden, bis sich der 20-jährige Prinz Paul, der jüngere Bruder des verstorbenen Königs Alexander, zur Thronbesteigung eingeladen haben wird. Der Mann, der die Macht in Händen hat, wird bis auf weiteres der Vizepräsident Benjotz bleiben. Wm.

Ständesamt. Nachrichten von Lesern für Okt. 1920

- Geboren sind n 7 Mädchen, 8 Knaben.
Verheiratet haben sich 10 Paare.
1. Ein angereicherter Knabe, 2. Kurt Franz Fischer, 4. W. a. a. a., Sohn des Oberleutnants Friedrich Richard Fischer, 5. Die Witwe Anna Gurmann geb. Ehrenberg, 78 Jahre alt, 4. Helene Plogmann, 57 Jahre alt, 5. Felix Werner Kufel, 24 Tage alt, Sohn des Maschinenführers Julian K. H. L. 6. Emil Werner Grotke, 5 Jahre alt, Sohn des Hofmeisters Hermann Emil Grotke, 7. Der Verwalter Emil Hermann Edmund Graf, 53 Jahre alt, 8. Die Witwe Emil Siebert geb. Krieg 56 Jahre alt, 9. Ein totes Mädchen, 10. Kurt Karl Richard Potenzen, 11. Die Ehefrau Clara Julie Zimmermann geb. Kömer aus Leipzig, Plogwitz 63 Jahre alt.

Winter-Fahrplan 1920. Zeig-Weiskensels.

Zeig	ab	522	643	130	604	756	925	1028
Weiskensels	5:38	6:54	142	6:13	6:46	9:26	10:38	
Andena	5:40	6:42	700	1:59	2:19	6:28	8:12	10:44
Zeuden	5:46	6:49	709	1:55	2:24	6:28	8:13	10:50
Tendern	5:54	6:57	719	2:05	2:32	6:34	8:20	10:58
Reititz	6:03		729	2:18		6:44	8:30	11:08
Weiskensels	n 6:14		740	2:30		6:55	8:41	11:18

Weiskensels-Zeig.

Weiskensels	ab	4:20	7:02	2:04	5:00	5:55	9:34	
Reititz	4:48	7:21	2:21	5:18	6:13	9:52		
Tendern	5:00	6:51	7:32	2:21	5:28	6:23	8:47	10:05
Zeuden	5:09	6:58	7:41	2:30	5:37	6:31	8:55	10:14
Andena	5:14	6:58	7:47	2:34	5:42	6:38	9:01	10:19
Reititz	5:20	6:02	7:54	2:51	5:48	6:42	9:07	10:26
Zeig	n 5:28	6:10	8:04	2:59	5:57	6:52	9:15	10:34

